

Juliette



Umwelt:
Ein Heft über effektive Politik,
die Erde & Mensch gerecht wird.



IMPULSE

- | | | |
|---|---|--|
| Energy Change
<i>Interview mit Judith Skudelny</i> | 4 | |
| Verkehrte Verkehrspolitik
<i>Valentin Abel denkt Mobilität neu</i> | 7 | Der Emissionshandel
<i>Felix Schnurr über globalen Klimaschutz</i> 8 |
| | | Die Rücknahmepflicht
<i>Emanuel Kollmann und Steffen Seitter im Face Off</i> 10 |

IMPRESSIONEN

- | | | |
|---|----|---|
| Das neue LPW
<i>Anna Stahl über das programmatische Wochenende</i> | 12 | |
| Wahlkampftour in Niedersachsen
<i>Marvin Ruder berichtet</i> | 13 | Mein letzter LaKo
<i>Urgestein Andreas Weik verabschiedet sich</i> 14 |
| | | Programmatik-Update
<i>Max Rathgeb erklärt die Beschlüsse des 70. LaKos</i> 15 |

Friedrich Naumann
STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

FREIGEISTER



Studieren
mit Stipendium

Impressum

**Chefredaktion,
Gestaltung und Satz**
Alexandra Seyfang

Verantwortlich i.S.d.P.
Carolyn Grulms

Herausgeber
Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.
Postfach 10 15 52
70014 Stuttgart
www.julis-bw.de

Bilder
JuLis/FDP Privat oder unter CC0-1.0

Druck
DIVYANAND Verlags-GmbH, Herrischried

Auflage und Bezug
1.500 Stück im Vertrieb kostenfrei an die Mitglieder
der Jungen Liberalen Baden-Württemberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung
des Verbandes oder der Redaktion wieder. Druckfehler und Irrtümer vor-
behalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

Liebe JuLis,

Liberaler & Umweltpolitik? Eine Assoziation, die wohl eher selten stattfindet. Doch genau weil Liberale das Individuum in den Vordergrund stellen, ist ein nachhaltiger und wirksamer Schutz unseres Planeten von großer Bedeutung. Denn welcher Mensch kann ohne saubere Luft und ausreichend Süßwasser leben? Wie soll Wirtschaften ohne verlässlich verfügbare Ressourcen langfristig funktionieren? Und auch die Überschwemmung und Ausdörrung einzelner Landstriche durch die Erderwärmung können nicht im Interesse derer sein, die jedem Menschen die Freiheit zur persönlichen Entfaltung gewährleisten möchten.

Grund genug also, sich einmal intensiv mit der Umwelt zu beschäftigen. Und schnell merkt man: Liberale haben nicht nur Lösungen für Klimawandel & Co. Liberale Lösungen sind sogar deutlich effektiver, weil sie Umweltziele mit Markt und Menschen in Einklang bringen. Passend zum Schwerpunktthema erscheint diese Ausgabe übrigens auf recyceltem Papier. Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen!



Alexandra Seyfang ist Beisitzerin im Landesvorstand der JuLis Baden-Württemberg und Chefredakteurin der Juliette



ENERGY change

Ein Gespräch mit der FDP-Landesgeneralsekretärin **Judith Skudelny** über die deutsche Energiewende im Kontext globaler Klimaziele.

Juliette: Frankreich verbietet die Plastiktüten; die Grünen fordern das Ende des Verbrennungsmotors. Man bekommt momentan schnell den Eindruck, die Umweltpolitik bestehe nur aus Verbotsmaßnahmen. Kann die Politik die Umwelt auch auf andere Weise schützen?

Skudelny: Die Politik kann die Umwelt sogar wesentlich effizienter schützen als mit Verbotsmaßnahmen! Es ist beispielsweise nicht so, dass die Weltmeere durch Plastiktüten aus Süddeutschland verschmutzt werden. Um die Umwelt zu schützen, müssen wir auf Innovationen setzen. Wir müssen attraktive Alternativen finden, sowohl für den herkömmlichen Individual- als auch für den Warenwirtschaftsverkehr. Auch in der Landwirtschaft müssen wir effizientere Möglichkeiten bieten, damit wir die 10 Milliarden Menschen, die wir in absehbarer Zeit sein werden, ordentlich versorgen können. Eine große Mehrheit dieser Menschen wird übrigens im Alter unter 40 sein. Das sind also Leute, die etwas erreichen wollen; die wollen Bildung, die wollen einen gewissen Lebensstandard, und genau da brauchen wir innovative Wege, um den Leuten diesen Lebensstandard gewährleisten zu können ohne Umweltgrenzen zu überschreiten.

Juliette: Nun wurde vor knapp einem Jahr mit dem Pariser UN-Klimaabkommen eine globale Umweltgrenze beschlossen, nämlich die Beschränkung der Erderwärmung auf maximal 2°C, am liebsten sogar 1,5°C. Welche Maßnahmen muss Deutschland ergreifen, um dieses Ziel schaffen zu können?

Skudelny: Als allererstes müssen wir sehen, dass dieses Ziel weltweit eine sehr differenzierte Auswirkung haben wird. Es gibt einerseits Länder wie Deutschland, die ganz klar einen doppelten Ausstieg im Blick haben, also den Ausstieg sowohl aus klimaschädlichen Gasen als auch aus der Atomkraft wollen. Für uns wird es daher umso schwerer, die dort festgeschriebenen Klimaziele zu erreichen. Wir werden deutlich effizientere Heizungen und Verkehrsmöglichkeiten brauchen, wir werden Waren anders herstellen müssen. Allerdings besitzen wir auch die Grundvoraussetzungen, um unsere Ziele erreichen zu können. Wir haben gute Bildungsmöglichkeiten und grundsätzlich auch das Kapital unsere innovativen Ideen in die Tat umzusetzen. Außerdem werden durch den demografischen Wandel weniger Menschen sein und damit wird es für uns im Vergleich zu anderen Ländern, die eine steigende Population haben, deutlich leichter werden diese Ziele zu erreichen. In anderen Ländern wird dieses Pariser Abkommen anders interpretiert: Die sagen, dass sie die dort beschlossenen Ziele erreichen können, aber dazu vermehrt auf die Atomkraft setzen werden. Wenn man solche Ziele also festschreibt, ohne zu betrachten wie die Wege dorthin überhaupt interpretiert werden, muss man für die Konsequenzen ein wenig über den Tellerrand hinausschauen und sehen, dass wir insbesondere auch in unseren Nachbarländern eventuell etwas bekommen, das wir so eigentlich gar nicht möchten.

Juliette: Während andere Länder die Atomkraft vermehrt zur Erreichung der Umweltziele nutzen, hat in Deutschland Schwarz-Gelb nach Fukushima den schnelleren Atomausstieg beschlossen. Sie saßen damals im Bundestag im Ausschuss für Umwelt und Reaktorsicherheit. Wie wurde dort über diesen Schritt beraten? Haben Sie sich dafür eingesetzt und finden Sie diesen Weg richtig?

Skudelny: Ich habe mich sehr intensiv mit der Laufzeitverlängerung auseinander gesetzt. Ich habe die Standards und auch die Qualität von Kernkraftwerken betrachtet, und bin damals wie heute der festen Überzeugung, dass unsere Kernkraftwerke sicher sind. Übrigens sichern wir auch in ganz Europa die Kernkraftwerke technisch mit ab. Denn was niemand weiß ist, dass Deutschland eines der führenden Länder für die Nachrüstung von Kernkraftwerken ist. Jedes deutsche Kernkraftwerk hat in Osteuropa ein Partnerkraftwerk, in dem Weiterbildung und Informationsaustausch betrieben wird, um zumindest zu versuchen die Kernkraftwerke dort den deutschen Standards anzunähern. Durch unseren Beschluss zum schnelleren Ausstieg werden wir sukzessive weniger stark auf diesem Gebiet wahrgenommen als in der Vergangenheit. Insofern bin ich über diesen schnelleren Ausstiegsweg nicht glücklich. Allerdings habe ich damals mit der Koalition mitgestimmt, weil wir uns schlussendlich alle für diesen Weg entschieden haben. Das war ein überwiegender Wunsch sowohl in unserer Fraktion, aber natürlich auch bei der CDU. Die Frage ist jetzt: Was machen wir damit? Wie organisieren wir diese doppelte Energiewende? Dazu hätten wir viel schneller auf neuere und effizientere Technologien setzen müssen anstatt durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den jetzigen Stand der Technologien zu zementieren. Durch ein schnelles Ende des EEGs, mit einer gleichzeitig besseren Finanzierung von Forschung und Entwicklung, würde der doppelte Ausstieg deutlich besser vorankommen.

Juliette: Zur EEG-Umlage erschien kürzlich die Prognose, dass sie dieses Jahr um circa einen halben Cent pro Kilowattstunde steigen soll. Sie fordern Innovationen im Energiemarkt zu verstärken. Wie kann man in Zukunft erneuerbare Energien kostengünstiger fördern?

Skudelny: Was mich an der Energiepolitik im Allgemeinen stört ist, dass wir angefangen haben, uns in die Erzeugungsformen einzumischen. Statt wie mit dem EEG durch Subventionen einzelne Technologien wie Solar, Wind und Co. in den Fokus zu nehmen, sollten wir Ziele vorgeben, beispielsweise die Vorgabe bis zu einem bestimmten Datum ein gewisses Maß an CO₂ einzusparen. Und im nächsten Schritt sollte dann völlig offen bleiben, wie genau die Wirtschaft dieses Ziel umsetzt. Dann könnten einzelne Stromhändler Zertifikate einkaufen, während andere sich zur Herstellung CO₂-armen Stroms entschließen. Ein Dritter setzt vielleicht auf die Einsparung von Energie. Dazu könnte man beispielsweise wie andere Länder Quoten vorgeben, wieviel Prozent aus erneuerbaren Energien kommen sollen. Man könnte aber auch vorschreiben, wieviel CO₂ pro Kilowattstunde emittiert werden darf. Das wäre technologieoffen und würde den Anreiz erhöhen, sich neue, kreativere und damit auch wirtschaftlichere Wege der CO₂-armen Stromerzeugung zu erschließen. Sie sehen, in diesem Bereich führen viele Wege nach Rom – nur aus meiner Sicht eben nicht der, den wir aktuell beschreiten.



Juliette: Die öffentliche Debatte um die Energiewende in Deutschland wird häufig vom Atomausstieg und der Förderung erneuerbarer Energien dominiert. Eher wenig wird beachtet, dass durch die Pläne in diesen beiden Bereichen die Kohle als Stromlieferant und immenser CO2-Emitter momentan den größten Pfeiler im deutschen Energiemix ausmacht. Können wir tatsächlich realistisch das mittelfristige Ziel erreichen auf diesen fossilen Brennstoff so zu verzichten, wie es das Klimaabkommen vorschreiben würde?

Skudelny: Da vertraue ich dem europäischen Zertifikatehandel. Diesen halte ich übrigens für einen intelligenten Weg des technologieoffenen Klimaschutzes – bei aller berechtigter Kritik, die in der Vergangenheit an ihm geübt wurde. Grundsätzlich ist es für Deutschland nicht möglich, innerhalb der Europäischen Union und innerhalb ihres Zertifikatehandels CO2 zu reduzieren. Denn alle CO2-Zertifikate, die wir durch die Einspeisung erneuerbarer Energien freigeben, können andere Länder durch den Handel dieser Zertifikate wiederum emittieren. Wenn wir europaweit wirklich einen deutlichen Schritt nach vorne gehen wollen, müssen wir den Zertifikatehandel reformieren und dort engagiertere Ziele aussprechen als allein Deutschland ins Visier zu nehmen und national weniger Kohle zu verwenden. Ich glaube mittelfristig allerdings nicht, dass wir auf konventionelle Energieformen jedweder Art verzichten können. Wir werden aus der Kernenergie aussteigen, aber wir werden beispielsweise weiterhin effiziente Gas- und Kohlekraftwerke brauchen, um die Grundlast zu erzeugen.

„Wenn wir europaweit einen deutlichen Schritt nach vorne gehen wollen, müssen wir den Zertifikatehandel reformieren.“

Juliette: Der Klimawandel ist eine globale Problematik. Bedeutende Politiker weltweit, wie zum Beispiel auch Barack Obama, sehen in ihm die größte Herausforderung unserer Zeit. Teilen Sie diese Einschätzung?

Skudelny: Wenn man die Folgen des Klimawandels betrachtet, dann teile ich diese Einschätzung zu 50%. Denn natürlich wird die Völkerwanderung mit durch den Klimawandel verursacht. Es gibt Landstriche, die kein Wasser mehr haben werden und die vom Klimawandel so massiv betroffen sein werden, dass die Menschen dort woanders hinkommen müssen, um zu überleben. Krieg ist ein Grund für eine Flüchtlingswelle, aber auch Armut. Und die Anzahl der Armutsflüchtlinge wird mitbedingt durch den Klimawandel zunehmen. Allerdings werden Länder wie wir in Europa deutlich weniger zu leiden haben, weil es bei uns wärmer und feuchter wird, also unsere Vegetation grundsätzlich eher steigt. Wir werden weiterhin ein attraktives Ziel für viele Menschen aus diesen ärmeren Regionen bleiben. Das ist unsere Herausforderung. Eine zweite große Herausforderung ist und bleibt aber auch der demografische Wandel. Wenn ein Land wie China überaltert, wenn Europa überaltert, wenn die USA zwar langsamer, aber trotzdem den gleichen Weg gehen, während gleichzeitig die Schwellen- und Entwicklungsländer immer jünger werden, dann stellt uns das ebenfalls vor ganz neue Probleme und wir müssen gut überlegen, wie wir mit diesem Phänomen umgehen. Auch das wird nicht einfach werden.

Mobilität neu denken

Verkehrte Verkehrspolitik

Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, den Menschen die Entscheidung abzunehmen, wie sie von A nach B kommen sollen. Aber er kann einiges dafür tun, dass dieser Weg volkswirtschaftlich effizient und umweltverträglich absolviert werden kann.

Dazu würde gehören, durch Investitionen in Straße und Schiene Staus und Verspätungen abzubauen. Die finanziell eingeschränkten Kommunen bei der Bereitstellung des ÖPNV zu unterstützen und Anreize zu schaffen, bestehende Grenzen zwischen den Verkehrsverbünden abzuschaffen. Regulatorische Hürden, die gegenwärtig einen flächendeckenden Aufbau von Carsharing verhindern oder private Vermittlungsdienste wie Uber gänzlich vom Markt ausschließen, abzuschaffen. Aber auch, Mobilität als ein multimodales Konzept zu verstehen, das vom rostigen Fahrrad bis zum Hochgeschwindigkeitszug reicht und welches Flexibilität zwischen diesen Transportmitteln garantiert.

Gerade wir als junge Generation sind diese Wahlfreiheit gewohnt und in besonderer Weise auf sie angewiesen. Wo das eigene Auto zu teuer oder in Städten zu unpraktisch ist, suchen sich insbesondere junge Menschen umweltfreundliche und effiziente Alternativen – schon heute. Dafür brauchen sie allerdings keine paternalistisch verordnete Verkehrspolitik, sondern in erster Linie die entsprechende Infrastruktur. Vielleicht besinnt man sich in Zeiten maroder Straßen und verspäteter Züge endlich einmal wieder auf die Basics anstatt den Bürgern vorzuschreiben, ob sie Strom oder Diesel tanken sollen für die nächsten 1,65 Millionen Reisen zum Mond.

Eine Billion und einhundertdreundsiebzig Milliarden Kilometer. So weite Strecken haben die Deutschen laut ADAC alleine im eigenen Land im Jahr 2008 zu Fuß, mit dem Rad, im Auto oder in öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt – das entspricht 1,65 Millionen Mal dem Weg zum Mond und zurück.

Im Jahr 2016 sind die Erfordernisse an die individuelle Mobilität dabei nicht geringer geworden. Häufigere Wohnortwechsel, tendenziell längere Arbeitswege und weitere Wege bei der Freizeitgestaltung lassen den Bedarf an effizienten Mobilitätslösungen hier und andernorts weiter wachsen. Dabei werden die Lösungsansätze durch neue technologische Errungenschaften wie das autonome Fahren immer bunter.

Doch welche Rolle kann (und soll) die Politik spielen, um den Bedürfnissen einer immer mobileren Bevölkerung gerecht zu werden? Mit ihrer realitätsfremden Zielsetzung, bis 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen zu bringen sowie der kürzlich erhobenen Forderung, die Zulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab 2030 ganz zu verweigern, hat sich die Bundesregierung einmal mehr für ihre Bürger entschieden. Einmal mehr ohne überhaupt auf deren Bedürfnisse zu hören.

Denn tatsächlich sind diese weitaus umfangreicher als das ein einziges Konzept den Königsweg darstellen könnte. Der Personenverkehr braucht das Elektroauto zur Reinhaltung der Luft in städtischen Ballungsräumen ebenso wie den konventionellen Verbrenner für die Fahrt in den Familienurlaub, das eigene Auto zur Maximierung der individuellen Flexibilität, genauso wie öffentliche Verkehrsmittel zur Entlastung der Verkehrsachsen sowie als Mobilitätsgarant für alle sozialen Schichten.



Valentin Christian Abel ist im Bezirksvorstand der JuLis Nordwürttemberg

Klimaschutz *global*:



Der Klimawandel ist ein bestehendes Problem der Gesellschaften, dessen Auswirkungen heute schon zu beobachten sind. Die Pole schmelzen, die Wüsten weiten sich aus, die Wetterextreme nehmen zu und die Länge und Anzahl von Dürren steigt deutlich. Die Folgen sind hauptsächlich auf anderen Kontinenten zu beobachten. Aber auch in Deutschland sind Probleme zu erwarten. Die Temperatur steigt momentan 0,27°C pro Jahrzehnt. Die Niederschlagsmenge steigt deutlich, fällt allerdings unregelmäßiger und heftiger. Der Osten hat heute schon Probleme mit Sommertrockenheit. Daraus lässt sich die Schlussfolgerung ableiten, dass etwas unternommen werden muss, um die Welt in ihrem heutigen Zustand erhalten zu können.

Erst kürzlich haben die USA, China und Europa das Klimaabkommen von Paris ratifiziert, welches zu einem globalen Klimaschutzprogramm führen soll. Die Instrumente zur Reduzierung sehen aber leider überall ähnlich aus: Verbote, Regulierungen und Obergrenzen. Dabei wird an kleinen Stellschrauben angesetzt, während andere Bereiche befreit bleiben. Besonders auffällig ist der Fokus auf den CO₂-Ausstoß, während andere Klimagase nicht debattiert werden. Der Höhepunkt wurde in Deutschland durch die E-Auto-Prämie erreicht, die aus ökologischer Sicht nicht besonders sinnvoll ist. Auch in Bezug auf Schadstoffe wie Feinstaub und Stickoxid ist eine Regulierungswut zu beobachten. Was bei PKW sinnvoll ist um die gesundheitlichen Gefährdungen innerhalb der Städte gering zu halten, ist bei Traktoren mit Einsatzgebieten fern ab von Ballungsgebieten unnötig und übertrieben.

Für ein wirkungsvolles Klimaschutzprogramm ist es erforderlich, dass alle Klimagase in die Betrachtung einbezogen werden und die Fokussierung auf CO₂ ein Ende findet. Allein Methan und Lachgas haben einen Anteil von 25% an den anthropogenen Treibhausgasemissionen.

Um Erfolge erzielen zu können, ist ein umfassendes marktwirtschaftliches Konzept erforderlich, welches sich nicht auf Grenzwerte und Regelungen beruft, sondern eine flächendeckende Erfassung vorsieht und die Steuerung der Emissionen ermöglicht.

Ein Konzept zur effektiven Steuerung der Emissionen liegt im Emissionshandel. In der EU wird dieser bereits eingesetzt, um den Ausstoß von Industrieanlagen und Kraftwerken zu regulieren. Der Ansatz ist dabei simpel: Für jede Tonne CO₂ die ausgestoßen wird, benötigt eine Anlage ein Zertifikat. Bei Einsparungen an einer Anlage können die freigewordenen Zertifikate am Markt angeboten werden, an dem andere weniger effizient arbeitende Unternehmen notwendige Rechte erwerben können. Um Reduktionsziele umsetzen zu können, wird die Anzahl an Zertifikaten regelmäßig entsprechend der festgelegten Ziele minimiert. Infolgedessen werden Effizienzmaßnahmen an Stellen durchgeführt, die kostengünstig umsetzbar sind.



Emissionshandel



Momentan sind allerdings nur circa 40% der CO₂-Emissionen innerhalb der teilnehmenden Länder erfasst. Besonders der wachsende Verkehrssektor und die Privathaushalte, aber auch andere Klimagase sind nicht enthalten. Eine umfassende Steuerung der Reduktion ist folglich nicht möglich.

Das bestehende System für die bisherigen Umfänge ist nicht zu modifizieren. Der Vorwurf, dass die Preise zu niedrig sind und entsprechend keine steuernde Wirkung einsetzt, ist falsch. Die kostengünstigen Zertifikate zeigen lediglich, dass die Unternehmen effizienter unterwegs sind als das Reduktionsziel. In den übrigen Bereichen sind allerdings steigende Rohstoffverbräuche zu beobachten, welche aufgrund steigender Emissionen zu Preissteigerungen führen würden. Durch den Nicht-Einbezug in das bestehende System sind jedoch keine Preisveränderung im Zertifikatenhandel zu beobachten.

Deswegen sind die übrigen Emissionsanteile durch einen sogenannten Upstream-Ansatz zu erfassen. Dabei liegen die Zertifikate nicht beim Emittenten, sondern beim Importeur oder Produzenten der Verbrauchsgüter. Die Vielzahl an Kleinverbrauchern ist ohne immensen Verwaltungsaufwand in anderer Form nicht zu verwalten. Der Ansatz sieht dabei vor, dass die Kosten für die Emissionsrechte an den Endverbraucher weitergegeben werden, welcher infolgedessen Effizienzmaßnahmen vornimmt. Ein besonderer Fokus ist dabei auf die Ausweitung auf alle Klimagase, wie beispielsweise Methan und Lachgas, zu legen. Dabei werden die Gase in das bestehende System einbezogen, benötigen allerdings entsprechend dem GWP (Global Warming Potential) eine höhere Anzahl Zertifikate für die gleiche Emissionsmenge.

Durch die komplette Erfassung der vorhandenen Emissionen ist eine umfassende Steuerung möglich. Bei jährlicher Reduzierung der Zertifikate ist ein Effizienzgewinn gewährleistet. Ein entscheidender Vorteil liegt darin, dass die tatsächlichen Emissionen bewertet werden. Diskussionen, die beispielsweise in der Automobilindustrie in Bezug auf den NEFZ-Zyklus geführt werden, sind folglich hinfällig. Dabei ist es für die Funktion des Systems obligatorisch, dass bei fehlenden Rechten die Betriebserlaubnis entzogen wird. Ein System ohne Strafen bei Nichtbeachtung erzeugt keine Wirkung.

Infolgedessen sind übrige Klimaschutzprogramme unnötig und werden nicht benötigt. Verordnungen, welche hauptsächlich für die Gesundheitsförderung vorgesehen sind, bestehen selbstverständlich weiterhin. Die Förderung einzelner Antriebskonzepte im Bereich der Kraftfahrzeuge ist nicht mehr erforderlich, da eine Nachfrage nach umweltfreundlichen Antriebskonzepten entstehen wird, wenn Emissionszertifikate aufgrund mangelnder Verfügbarkeit teurer werden. Der beschriebene Ansatz ermöglicht die effektivste Steuerung der Emissionen und ist nahezu alternativlos bei der Erreichung der Effizienzziele.



Felix Schnurr ist im Kreisvorstand der JuLis Stuttgart



Die Rücknahmepflicht



Pro: Recycling done right

Jeder von uns kennt das: Ein neues Handy gekauft, die Batterie vom Handy gewechselt, eine Glühbirne ausgetauscht. Und plötzlich steht man da mit dem alten Elektroschrott und fragt sich, wie man das jetzt am besten entsorgen soll. Bei genauer Betrachtung entdeckt man auf dem alten Handy, der Batterie und der Energiesparbirne das Symbol der durchgestrichenen Mülltonne, das uns sagt eigentlich dürfe man das jetzt nicht im Hausmüll entsorgen...

Warum eigentlich nicht? Gerade aus marktwirtschaftlicher Sicht fragt man sich hier doch, warum es der Staat hier für nötig befindet regelnd einzugreifen. Regelt das nicht der Markt?

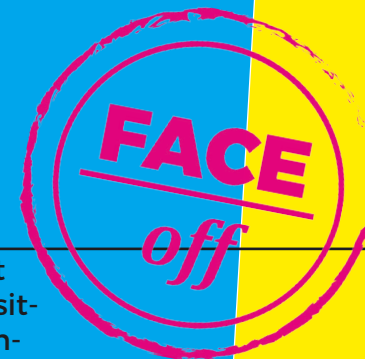
Nun ja. Dem Verbot alte Elektrogeräte, alte Batterien und alte Quecksilber-Lampen im Hausmüll zu entsorgen steht eine Verpflichtung der Industrie gegenüber, dem Verbraucher diese wieder abzunehmen und fachgerecht zu entsorgen. Und diese Verpflichtung ist genau an der richtigen Stelle angelegt und auch aus liberaler Sicht genau das richtige Mittel.

Auch für uns ist es irgendwie eine Selbstverständlichkeit, dass wir das Quecksilber aus alten Energiesparlampen und das Blei aus Batterien nicht einfach auf den Hausmüllkippen oder in der Umwelt haben wollen.

Vor einigen Jahren haben wir ähnliche Debatten im Bereich des Klimaschutzes geführt über die Frage, wie wir es – möglichst marktwirtschaftlich – vermeiden können, dass ineffizient viel CO₂ in der Atmosphäre landet. Das Stichwort der negativen Externalitäten, die zu internalisieren wären, fiel damals regelmäßig und war letztendlich die tragende Begründung, warum auch wir hinter dem eingeführten Zertifikatehandel standen.



Emanuel Kollmann ist ehemaliger Landesvorsitzender der JuLis Baden-Württemberg



Steffen Seitter ist ehemaliger Landesprogrammatiker der JuLis Baden-Württemberg

Ähnlich ist es bei der Frage von schädlichen Abfallstoffen, die in alten Geräten (oder sonstwo) stecken. Die Kosten der Entsorgung muss letztendlich derjenige tragen, der von der Nutzung der Stoffe profitiert hat. Sie sollten nicht der Allgemeinheit oder dem Steuerzahler zur Last fallen.

Profiteur der Nutzung von schädlichen Stoffen in Elektrogeräten sind in erster Linie wir alle, die diese Geräte (gerne und oft) nutzen. Und die Verantwortung dafür übernehmen wir am einfachsten, wenn wir die Kosten der Entsorgung dieser Stoffe tragen. Und die effizienteste Verteilung dieser Kosten erfolgt nun mal über den Kaufpreis. So bezahlt jeder Käufer den kleinen Teil der von ihm verursachten Kosten der Müllrücknahme, die ansonsten der gesamten Gesellschaft anheimfallen würde.

Ob man dies auch über die Nutzung von umwelt- und gesundheitsschädlichen Stoffen ausweiten musste (Stichwort: Dosenpfand), darf dann jeder für sich selbst entscheiden.

In Deutschland sind alle Händler, ob stationär oder online, verpflichtet Altgeräte zurückzunehmen. Dies gilt bei Großgeräten im Tausch alt gegen neu und bei kleinen Geräten unabhängig davon, ob ich Kunde des Händlers bin. Ein kleines Beispiel - Ich könnte meinen alten Toaster zu jedem Händler bringen, der eine Verkaufsfläche hat, die größer als 400qm ist. Warum? Darum!

Das Ziel der politischen Vordenker ist ein lückenloses Recycling. Das Ergebnis ist im schlimmsten Fall, dass ein Elektrohändler zum Schrotthändler wird. Man könnte vielleicht noch meinen es wäre gerecht, wenn der Hersteller seine Altgeräte zurücknehmen muss. Aber was haben die Händler damit zu tun?

Hier wird wiederum die Vorstellung von gerechtem Umweltschutz auf irgendjemanden abgewälzt. Das ist ähnlich wie bei der Ökosteuer. Autofahrer, die einen relativ kleinen Anteil an der weltweiten Schadstoffproduktion haben, werden am meisten zur Kasse gebeten. Wir können gerne über die Internalisierung von Kosten im Rahmen der Umweltverschmutzung reden, aber doch nicht darüber, dass wir diese einfach irgendjemandem auf die Augen drücken.

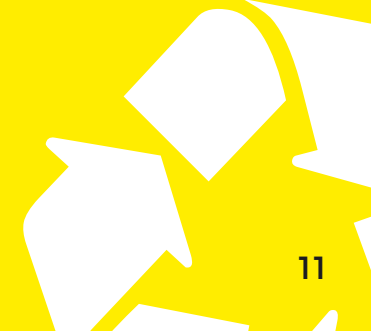
Contra: Ein Gesetz zum Rückgeben

Kunden und Hersteller trifft doch eine viel größere Verantwortung. Ein Kunde kann selbst entscheiden, welche Geräte er kauft. Im Rahmen dieser Entscheidung kann er immer auch die spätere Entsorgung berücksichtigen. Kaufe ich mir heute einen Kühlschrank, der aufgrund irgendwelcher Flüssigkeiten und Materialien nicht einfach zu entsorgen ist, gebe ich die Verantwortung dafür an den Händler ab, bei dem ich dann irgendwann mal einen neuen kaufe.

Auch die Hersteller bleiben dabei entspannt außen vor. Wo wäre hier der Anreiz für die Entwicklung von einfach zu recycelnden Geräten? Genau, den gibt es nicht. Warum auch? Das könnte ja was ändern. Damit sind die beiden Parteien, die für eine umweltbewusste Entscheidung sorgen könnten, mal ganz entspannt außen vor.

Gesetze, die den Umweltschutz in diesem Bereich regeln wollen, müssen dafür sorgen, dass keiner Altgeräte in seinem Garten abfackelt oder in den nächsten Wald wirft. Sie verbieten im Idealfall Stoffe, die im Nachgang nicht mehr zu entsorgen sind, oder große Umweltschäden auslösen. Alles andere regeln dann die Vertragsparteien unter sich.

Wenn es nach mir ginge, würde ich dieses Gesetz also auch gerne im alt gegen neu Verfahren an die Regierung zurückgeben – das geht natürlich nicht, weil die Regierung ja dann ausnahmsweise die tatsächlich Zuständigen wären.



2016: Ein jungliberaler Sommer

Das neue LPW

Unter dem Motto „LPW Update“ fand im Juli dieses Jahres unser Sommer-LPW in Gegenbach statt. Die Besonderheit bei diesem Landesprogrammatischen Wochenende: Die zu besprechenden Themen konnten im Vorfeld von den Teilnehmern eingereicht und per Abstimmung ausgewählt werden. Aus dem Votum ergaben sich die drei Arbeitskreise Zukunft der staatlichen Rentenversicherung und des Sozialsystems (Leitung: Eyk von Steinmetz), Bürgerrechte im digitalen Zeitalter (Leitung: Moritz Klammler) und Zukunft der Demokratie (Leitung: Jannis Kappelmann).

Ich persönlich entschied mich dafür, an letzterem teilzunehmen. In meinem gewählten Arbeitskreis diskutierten wir verschiedene Ausgestaltungsmöglichkeiten der Demokratie. Auch die Frage, „Brauchen wir überhaupt eine Demokratie oder wäre eine Expertenherrschaft (à la Platon) nicht besser?“, stand im Raum. Schließlich machten wir uns Gedanken darüber, wie wir gegen die um sich greifende Politikverdrossenheit vorgehen können. Könnte hier mehr direkte Demokratie die Lösung sein? Am Sonntag leistete uns dann unser Referent Daniel Davis von Mehr Demokratie e.V. Gesellschaft. Mit ihm sprachen wir über die Vor- und Nachteile von Volksabstimmungen.



Anna Stahl ist im Kreisvorstand der JuLis Stuttgart



In den anderen Arbeitskreisen waren Herr Pascal Kober (FDP) und Herr Sebastian Nerz (FDP) zu Gast. Während Herr Kober über die Zukunft der Rente referierte, war Herr Nerz als ehemaliger Bundesvorsitzender der Piratenpartei natürlich prädestiniert am Arbeitskreis zum digitalen Zeitalter teilzunehmen. Die interessanten Vorträge der Referenten kamen in allen Arbeitskreisen gut an. An dieser Stelle möchte ich auch den Arbeitskreisleitern für ihre gute Vorbereitung danken. Ohne die von Jannis wohl ausgewählten Texte, wäre unsere Diskussion sicher nicht so schnell in Gang gekommen!

Natürlich haben wir neben der Arbeit auch die Vorzüge eines Selbstversorgerhauses genossen. Was wäre ein JuLi-Wochenende ohne eine Party? Am Samstag saßen wir am Abend zum Grillen im Garten des Hauses zusammen und ließen den Tag gemütlich am Feuer beim ein oder anderen Bier ausklingen.

Nachdem wir den Samstagabend alle ohne Brandverletzungen überstanden hatten, trafen wir am Sonntag noch einmal zusammen, um die zukünftigen Landesarbeitskreise festzulegen. Die erarbeiteten Positionen sollten schließlich nicht verloren gehen, sondern weiterentwickelt werden. Es ergaben sich die LAKs Digitalisierung, Rente, Zukunft der Demokratie/Europa und Gesundheit.

Insgesamt hat mir das neue Konzept des LPW sehr gut gefallen und ich freue mich jetzt schon auf das nächste LPW! Wir sehen uns dort!

Wahlkampf in Niedersachsen

„Am 11. September ist Kommunalwahl!“, diese fünf Worte hallten noch lange nach der Wahlkampftour in Niedersachsen in meinem Gedächtnis wider. Vom 18. bis zum 20. August war ich mit gut zwei Dutzend anderen liberalen Mitstreitern der JuLis Niedersachsen, Bayern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt quer durch den östlichen Teil des Bundeslandes unterwegs. In meiner alten Heimat durfte ich als JuLi-Neuling meine erste Wahlkampf Erfahrung sammeln, vor Ort Werbung für die Kandidaten machen und zudem noch viele heitere Momente im Tourbus miterleben.

Kaum war ich in unserer ersten Station Göttingen angereist, ging es auch schon los: Flyer wurden unter uns Wahlkämpfern verteilt, ebenso wie Feuerzeuge und knallbunte Sonnenbrillen. Nun galt es, die anfängliche Scheu zu überwinden und die ersten Bürger anzusprechen. Es dauerte zunächst einige Anläufe, bis sich der erste Passant mit einem Lächeln bei mir bedankte und mit unserer Infobroschüre in der Hand davonschritt. Sehr schnell waren dann aber die letzten innerlichen Blockaden abgebaut und der Zettelstapel in meiner Hand war im Nu unter den Leuten verteilt.

Gleich darauf ging es auch schon weiter, in die Innenstädte von Hildesheim, Wolfenbüttel und nach Helmstedt, wo wir noch am späten Abend auszogen, um durch die Wohngebiete zu pilgern und Briefkästen zu beflyern. Auch dabei gerieten wir mit den Anwohnern ins Gespräch, die uns stets aufgeschlossen begegneten und uns mitunter noch viel Erfolg wünschten.



Marvin Ruder ist im Bezirksvorstand der JuLis Nordbaden

Ausgeschlafen starteten wir in den nächsten Tag, nach dem Frühstück brachte uns unser legendärer Busfahrer Uwe nach Wolfsburg und Braunschweig, wo wir wieder mit Jutebeuteln voller Werbemittel bewaffnet durch die Fußgängerzonen zogen. Immer dabei war natürlich unsere Fotobox, die die Aufmerksamkeit nicht weniger Menschen auf unseren Stand zog und uns so zu spannenden Bürgergesprächen verhalf.

Am nächsten Tag wurden wir in Winsen (Luhe) vom dortigen Kreisverband empfangen und durften mit den Ständen anderer Parteien um die Gunst des Wählers konkurrieren. Trotz der politischen Rivalität blieb die Stimmung aber entspannt und ausgelassen. Die letzte Station war danach meine Heimatstadt Stade, in der ich schon vor unserer Ankunft altbekannte Gesichter auf den Wahlplakaten wiederentdeckte.

Nachdem wir auch dort die antretenden Kommunalpolitiker an ihrem Stand unterstützten, machten wir uns mit mal stimmungsvoller, mal eher grenzwertiger Musik im Gepäck auf den Weg nach Hannover zur Abschlussveranstaltung, wo die Crew der anderen Bustour schon auf uns wartete. Nach einer Kundgebung am Steintorplatz und einem gemütlichen Abendessen endete für mich das Wochenende, das schon wenige Wochen später bei der Kommunalwahl Früchte tragen sollte. Mit diesen durchweg positiven Eindrücken trat ich dann meine Heimreise an, auf der ich den Entschluss fasste, so bald wie möglich wieder gemeinsam mit den JuLis im Wahlkampf aktiv zu sein.



Andreas Weik war einige Jahre Bezirksvorsitzender der JuLis Nordwürttemberg

Mein *letzter* LaKo

Zum Abschied ein „Huhu“

Der 58. Landeskongress, im Oktober 2010, in Baienfurt war mein erster Landeskongress. Nach sechs intensiven Jahren und zwölf LaKos später war der Jubiläumskongress in Stuttgart durch altersbedingtes Ausscheiden mein letzter als Mitglied. Ein Kongress, der nicht nur für mich etwas ganz besonders war.

35 Jahre Junge Liberale Baden-Württemberg und zeitgleich der 70. Landeskongress, das musste gefeiert werden. Es war mir eine besondere Ehre mit meinen Weggefährten Julia Debernitz, Martin Gassner und Jens Brandenburg den Kongress zu leiten. Gleich zu Beginn stellte ich fest, dass gefühlt die Hälfte der Kongressteilnehmer Neumitglieder waren. Eine Entwicklung, die mich sehr freudig gestimmt hat – zeigt es mir doch, dass die Jugend nach wie vor Interesse an liberaler Politik hat.

Nach einer erfrischenden Rede wurde unser Landesvorsitzender Marcel Aulila mit einem starken Ergebnis von 87% zum JuLi-Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl nominiert. Jasmin Matzenbach wurde zur neuen Ombudsfrau gewählt. Ihr Vorgängerin Caroline Mai (jetzt Oehmann) schloss an diesem Tag den Bund fürs Leben.

Auch programmatisch haben sich die JuLis wie gewohnt mit einer bunten Themenpalette beschäftigt. Die sofortige Abschaffung von Bestrafungen bei Überfahren und Übertreten einer roten Ampel sowie die Einrichtung weiterer Grünpfeile an Ampeln wurden genauso umfangreich diskutiert wie der Einsatz von Bodycams bei Polizisten.

Zahlreiche Gratulanten, wie zum Beispiel der Vorsitzende der FDP/DVP-Fraktion im Landtag

Dr. Hans-Ulrich Rülke, überbrachten persönliche Glückwünsche. Zum Jubiläumsempfang am Abend blickte Marcel Aulila mit vier seiner Vorgänger, den JuLi-Urgesteinen Birgit Homburger, Michael Theurer, Dr. Jan Havlik und Dr. Florian Toncar, auf die vergangenen 35 Jahre zurück. Danach heizte DJ Loi den Partygästen so richtig ein. Natürlich durfte auch die JuLi-Hymne nicht fehlen. Und ich? Ich brach mir zu Beginn erst mal den großen Zehen an, was mich nicht davon abhielt bis morgens um 3 Uhr zu feiern und zu tanzen.

Am Sonntag konnte ich zwischen den Wahlgängen zu den Bundeskongressdelegierten mein Talent als Alleinunterhalter unter Beweis stellen. So erfuhren die anwesenden JuLis, wer auf einem Baum sitzt und winkt – ein „Huhu“, der Martin Gassner einen legendären Lachanfall bescherte.

Nach den lobenden Abschiedsworten von Marcel Aulila und dem minutenlangen Standing Ovations musste ich dann doch nochmals mit Gänsehaut und tief bewegt das Mikroon ergreifen. Es ist nämlich selten, dass man als Nicht-Ehemaliges-LaVo-Mitglied so einen Abschied auf Landesebene erfährt. „Es war mir eine Ehre und hat mir immer Spaß gemacht. Ich melde mich hiermit ab.“

Liebe JuLis, ich bin nicht aus der Welt, wir sehen uns sicher bald wieder und begrüßen uns winkend mit „Huhu“!



Programmatik-Update



Max Rathgeb ist Beisitzer für Programmatik im Landesvorstand

Auf dem vergangenen Landeskongress konnten wir trotz eines umfangreichen Rahmenprogramms sämtliche gestellten Anträge tatsächlich auch beraten. Dabei wurden in intensiven, aber sachlichen Debatten am Ende vier Anträge angenommen:

Dringlichkeitsantrag: Fairer Steuerwettbewerb

Der Dringlichkeitsantrag beschäftigt sich damit, Möglichkeiten der Steuerflucht innerhalb der EU zu verhindern und gleichzeitig mit einem einheitlichen und radikal vereinfachten Steuersystem eine liberale Alternative zu bieten. Besteuert werden soll grundsätzlich da, wo die Wertschöpfung stattfindet.

Förderung umstrittener Autismustherapien abschaffen

Wir sprechen uns dagegen aus, die Psychotherapie der „Applied Behavior Analysis“ einseitig staatlich zu fördern. Daneben erhoffen wir uns im Laufe der nächsten Zeit eine weitere Debatte über diese und andere Methoden des Umgangs mit dem Krankheitsbild „Autismus“, weswegen sich der LAK Gesundheit auch weiterhin mit dem Thema beschäftigen wird. Wenn Du mitdiskutieren möchtest, melde Dich einfach bei mir!



Wenn Ihr an programmatischer Debatte auch abseits der Landeskongresse interessiert seid, kommt einfach zum LPW oder unseren Landesprogrammatischen Arbeitskreisen. Weitere Infos findet Ihr immer auf unserer Webseite auf julis-bw.de, auf Facebook oder bei mir direkt (E-Mail: rathgeb@julis-bw.de).

Perspektivlosigkeit verhindern – Sprachunterricht für Flüchtlinge professionalisieren!

Um Parallelgesellschaften und Ghettoisierung zu verhindern, fordern wir die Landesregierung auf, professionelle Sprachlehrer und geeignete zweier- oder mehrsprachige Personen anzuwerben und einzustellen, um die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer zu entlasten und Problemen aufgrund mangelnder Sprachkenntnis vorzubeugen.

Grüne Pfeile von der Ausnahme zur Regel machen

Ursprünglich als umfangreicher Antrag zur Änderung der Straßenverkehrsordnung auch in haftungsrechtlichen Fragen gestartet, hat sich der Landeskongress aber insofern auf Änderungen verständigt, dass wir uns letztlich dafür einsetzen, nach internationalem Vorbild das Rechtsabbiegen an roten Ampeln grundsätzlich da zu ermöglichen, wo es nicht ausdrücklich verboten ist.

TERMINE

26.11. | Bezirksmitgliederversammlung
BMV der JuLis Nordwürttemberg in Stuttgart

27.11. | LAK-Tag
Kick-Off der vier neuen Landesarbeitskreise in Stuttgart

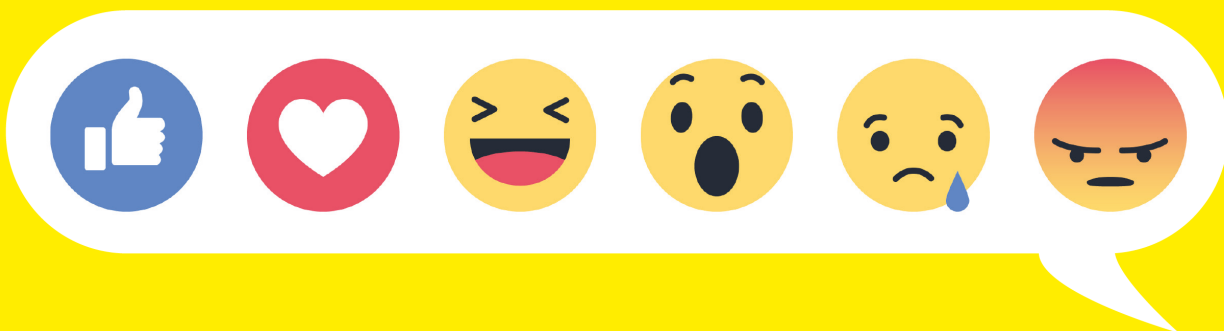
30.11.-3.12. | Tour de Bruxelles
Besuch des Europaparlaments in Brüssel

6.1. | Dreikönigsaktion
Aktion im Vorfeld der FDP-Dreikönigskundgebung in Stuttgart

6.-8.1. | Praxisseminar
Wochenendseminar der Bundes-JuLis in Stuttgart

21.-22.1. | Landesprogrammatisches Wochenende
Save the date!

DEIN FEEDBACK



Wie hat dir die Juliette gefallen?
Was ist deine Reaktion auf das Heft?
Feedback kannst du jederzeit gerne
an seyfang@julis-bw.de schicken oder auf der
Facebookseite der Juliette hinterlassen!